



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 14.03.2012

Pressemitteilung 04/2012

MdL Manfred Groh (CDU) kritisiert geplante Novellierung des Landesplanungsgesetzes als unausgegoren und konfliktträchtig

Am Mittwoch, 14. März 2012, beschäftigte sich der Landtag in erster Lesung mit der geplanten Novellierung des Landesplanungsgesetzes, um die Windenergie in Baden-Württemberg deutlich auszuweiten. „Die CDU unterstützt den Umbau der Energieversorgung in unserem Land. Wir stimmen mit der Landesregierung darin überein, dass die geltenden Regelungen zur Ausweisung von Windenergieanlagen flexibilisiert werden müssen. Was die inhaltliche Ausgestaltung der Gesetzesvorlage anbetrifft gehen die Gemeinsamkeiten jedoch weit auseinander“, so der CDU-Abgeordnete und Sprecher für Landesplanung der CDU-Landtagsfraktion.

Während Groh die herausragende Arbeit der Regionalverbände lobt, kritisiert er die Landesregierung dafür, die Windregionalpläne aufheben zu wollen. Dies führt aus Sicht des Abgeordneten zu einem planerischen Flickenteppich. Durch die bisherige Planungskompetenz sind die Verhältnisse klar geregelt. Die Kommunen waren als Familie unter sich und interkommunale Konflikte konnten durch die Planungen der Regionalverbände vorgebeugt werden. „Die angestrebte „Reaktivierung“ der kommunalen Planungshoheit birgt indes erhebliche Konfliktpotentiale zwischen den Kommunen, da zukünftig quasi jede Gemeinde machen kann was sie will.“

Groh setzt sich weiterhin für die Rolle der Regionalverbände in der Regionalplanung ein. „Die Vorteile liegen dabei auf der Hand: Zum einen ist nur so die interkommunale Abstimmung optimal gewährleistet. Zum anderen werden Ausbauziele einheitlich definiert und die Planungen erfolgen aus einer Hand, da großräumig gedacht und gearbeitet wird.“

Insgesamt bewertet Groh die bisherigen Ergebnisse als äußerst dürftig. „Von den zuständigen Ministerien unter grüner Führung, dem Verkehrsministerium auf planerischer Seite und dem Umweltministerium auf fachtechnischer Seite, hätte ich etwas mehr erwartet. Stattdessen musste die Landesregierung nach Protesten der Kommunen bereits vom 1. September 2012, dem Tag an dem das Gesetz ursprünglich in Kraft treten sollte, abrücken. Wenn die Landesregierung diesbezüglich weiterhin so amateurhaft vorgeht, ist zu befürchten, dass ihr ehrgeiziges Ziel, nämlich 10 Prozent Windenergie an Gesamtstromproduktion bis 2020 akut gefährdet ist. Hierzu müssen nämlich circa 1.200 neue Windenergieanlagen gebaut werden“, so Groh abschließend.